BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAG BAYERN

HAUSHALT 2022

KLIMANEUTRAL
KLIMAFIT
KLIMAFEST

10-Punkte-Plan für Bayern



HALBZEITBILANZ HAUSHALTSPOLITIK

Mit Klimaanpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen Bayern sozial und ökologisch modernisieren!

Ausgangssituation zu Beginn der Legislaturperiode Oktober 2018

Boomende Konjunktur, sprudelnde Steuereinnahmen und niedriges Zinsniveau bieten immer Spielraum für Vorsorge und Investitionen für:

- hohe Lebensqualität
- soziale Gerechtigkeit
- Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land
- Investitionen in soziale und technische Infrastruktur
- Klimakrise durch ökologische Modernisierung entgegenwirken

Neben dieser an sich guten Haushaltslage herrscht in Bayern derzeit ein Investitionsstau in der technischen, sozialen und digitalen Infrastruktur. Es ist absehbar, dass dieser Stau in Form von verdeckten Schulden für nachfolgende Generationen die Menschen und Unternehmen belasten wird: marode Hochschulgebäude, ein löchriger und stellenweise völlig unterdimensionierter öffentlicher Nahverkehr, Verfehlungen bei der Energiewende und der verschlafenen Digitalisierung werden die anstehenden Haushalte massiv belasten. Für Gesundheit und Pflege und insbesondere für Bildung braucht es dringend Strukturen, Konzepte, Personal und beste Ausstattung.

Probleme mit Wahlgeschenken statt mit aktiver Vorsorge zu lösen, funktioniert nicht.

Die gute Ausgangslage auf der Einnahmeseite wurde nicht genutzt, um die Probleme zu lösen und um den eigentlichen Staatsaufgaben nachzukommen.

Besonders 2018, aber auch 2019 und 2020 rutschte Bayerns Haushalt aufgrund von Wahlversprechen von CSU und FW zusätzlich in eine strukturelle Schieflage. Große Ausgabenposten fließen seitdem in die Wahlversprechen der Söder-Regierung: in massive Umverteilungsmaßnahmen ohne jede Gerechtigkeitsprüfung. Die Verstetigung dieser Umverteilung vorbehaltlos gewährter Subventionen wie Familiengeld, Kita-Beitragsfreiheit, Baukindergeld, Landespflegegeld führt zu dauerhaften Milliardenlasten für Bayerns Steuerzahler*innen. 2019 waren das bereits mehr als zwei Milliarden Euro im Jahr.

Mit dem Nachtragshaushalt 2019/2020 begann die so genannte Hightech-Agenda. Nach den Wahlgeschenken der Haushaltsjahre 2018 und 2019 wurden die Ausgaben damit weiter erhöht.

Finanziert durch das Brechen des Wahlversprechens aus dem Jahr 2013 „Bayern schuldenfrei 2030“: Die Schuldentilgung wurde ersatzlos beendet und damit auch der Ersatz für die Einzahlungen in den klammen Pensionsfonds. Die Folge ist quasi eine Neuverschuldung.

Die wichtigen Themen Klimaschutz und Kommunales bleiben aber weiter auf der Strecke.

Gegen Ende der Haushaltsberatungen kam die Corona-Krise. Zur Finanzierung hat die Staatsregierung eine Neuverschuldung in Höhe von zehn Milliarden Euro eingebracht, was im Rahmen der Schuldenbremse auch möglich war. Diese zehn Milliarden Euro wurden im Haushalt sehr pauschal veranschlagt, die Regierung konnte relativ frei über die Mittel verfügen. Um die Coronahilfen zu unterstützen, hat die grüne Fraktion mit dem 1. Nachtrag 2019/2020 erstmals einem Haushaltsgesetz zugestimmt.

Nur wenige Wochen später hat die Staatsregierung einen 2. Nachtrag vorgelegt, um die Neuverschuldung auf 20 Milliarden Euro zu erhöhen.

Ohne konkrete Verwendungszwecke und Nachweis, wo die zehn Milliarden aus dem ersten Nachtrag geblieben sind, wollten wir dem nicht zustimmen und enthielten uns. Wir haben dazu einen Änderungsantrag vorgelegt zur Konkretisierung der Corona-Hilfen. Letztlich wurde diese zusätzliche Neuverschuldung auch nicht benötigt und daher ins Haushaltsjahr 2021 übertragen.

Was haben wir erreicht?

Mit rund 440 Änderungsanträgen für drei Haushaltsjahre haben wir konkrete Vorschläge zur sinnvollen Mittelverwendung eingebracht. Punktuelle Erfolge gibt es durchaus:

- Die Ausbildung in der Finanzverwaltung ist verstetigt: nach zehn Jahren mit grünen Haushaltsanträgen auf mehr Stellen und mehr Ausbildungsstellen für die Finanzämter ist die Zahl der Ausbildungsstellen für die Finanzverwaltung ist an der Kapazitätsgrenze. Mehr geht aktuell nicht. Auch die Finanzgewerkschaft fordert aktuell keine zusätzlichen Stellen. Ein Beitrag zur Steuergerechtigkeit.
- Der Einstieg in die Besoldung aller Lehrkräfte nach A13 ist erreicht. Es ist aber nur ein Einstieg über mehr Beförderungsmöglichkeiten.
- Der Denkmalschutz wurde deutlich gestärkt.
- Außerdem haben wir über den kommunalen Finanzausgleich Hilfe für Kommunen gefordert: Eine Mrd. Euro als Ausgleich für Gewerbesteuermindereinnahmen 2020. Das wurde später – auch mit Hilfe von Bundesmitteln – umgesetzt. 2021 hat die Staatsregierung zugesagt, dies fortzuführen, egal ob der Bund mitmacht oder nicht.
- Es wurden mehr Stellen für Jugendsozialarbeit an Schulen geschaffen: 70 von geplanten 280
- Investitionen in den Klimaschutz in Höhe von einer Milliarde Euro wollten wir mit Green Bonds finanzieren. Der Finanzminister wollte nicht zustimmen, war in der Debatte aber nicht grundsätzlich abgeneigt. Der Bund macht es schließlich auch – mit Zustimmung der CSU. Das Thema wird wiederkommen.
- Die Berufseinstiegsbegleitung bleibt grundsätzlich gesichert, auch wenn der Beginn innerhalb des kommenden Schuljahrs verschoben wurde.
- Auch den Einzug der Haushaltsreste haben wir mehrfach gefordert, um den Haushalt auszugleichen. Jetzt steht er im Haushaltsgesetz 2021.
- Wir hatten im Zusammenhang mit der Einrichtung des Bayernfonds sehr früh ein parlamentarisches Kontrollgremium gefordert. Die BayernFonds-Kommission mit Mitgliedern aus allen Fraktionen wurde eingesetzt.

Wie geht es weiter?

Von einer stabilen Haushaltslage sind wir weit entfernt. Ein „weiter so“ ist daher keine Option. Mit Steuersenkungen lassen sich dringend notwendige staatliche Aufgaben nicht finanzieren. Denn wir haben viel vor uns:

Investitionen in

- Klimaschutz, Klimaanpassung und klimagerechte Mobilität
- Bildung
- Gesundheit
- Digitalisierung
- technische und soziale Infrastruktur

Nicht zu vergessen: Die Corona-Schulden müssen auch wieder getilgt werden. Wir brauchen daher einen Haushalt mit Weitblick und mit Investitionen, die sich langfristig lohnen. Raus aus Corona, rein in einen generationengerechten Haushalt für ein soziales, ökologisches und chancengerechtes Bayern.

Die Digitalisierung der Staatsverwaltung *muss besser koordiniert werden*

- *Bildung: Coronalücken müssen geschlossen werden. In den kommenden Schuljahren so zu tun, als gäbe es keine Lücken, schafft neue Probleme, die mit einer freiwilligen Sommerschule nicht gelöst werden.*
- *Wir brauchen ein digitales Backup für den Unterreicht, eine Lernplattform für alle Klassen an allen Schularten*
- *Sozialpolitik neu aufstellen: Ausrichtung an Bedarf und Problemlagen, keine „einfach so weiter" Politik, Familiengeld einkommensabhängig zahlen*
- *Die Forderung, den Haushalt endlich wieder zum in der Haushaltsordnung vorgesehenen Zeitraum aufzustellen und zu beraten, hat die Staatsregierung offensichtlich erfüllt*
- *Coronafonds genau kontrollieren und nach Abschluss aufarbeiten*

Klimaneutral – klimafit – klimafest: der 10-Punkte-Plan für Bayern bis 2030

Die Starkregenereignisse in diesem Jahr aber auch die Auswirkungen der Hitzeperioden der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass in Sachen Klimaanpassung und Klimaschutz erheblicher Handlungsbedarf besteht: Neben dem Umbau der Wirtschaft muss auch der Staat selbst in seinen Bereichen aktiv werden. Haushaltsschwerpunkt muss 2022 mit einer Klimamilliarde der Einstieg in effektiven Klimaschutz und Maßnahmen zur Klimaanpassung sein.

Klimaanpassung

Auf Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hitze und Dürre müssen wir uns vorbereiten durch:

1 **Sturzflutrisikomanagement** **50 Mio. Euro**
Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung z.B. bei Investitionen in die Kanalisation

2 **Hitzeaktionsmanagement** **50 Mio. Euro**
Medizinische Versorgung, Stadtplanung und Stadtumbau, z.B. durch Schaffung und Erhalt von Frischluftschneisen

3 **Wassermanagement** **30 Mio. Euro**
Schwammlandschaften und Schwammstädte, Grundwasserschutz

4 **Klimaangepasste Land- und Forstbewirtschaftung** **100 Mio. Euro**
Bewässerung, Moore, Kulturanpassung/ Mischkulturen, Agroforstsysteme, Waldumbau

5 **Klimafolgenforschung zur klimatologischen Grundlagenforschung** **50 Mio. Euro**
Sektorenspezifische anwendungsorientierte Forschung sowie Forschung zur Entwicklung nachhaltiger Anpassungsmaßnahmen und gesellschaftlicher Transformationen. Dabei soll die konkrete Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse im Vordergrund stehen

6 **Katastrophenschutz** **50 Mio. Euro**
Schnelles und effektives Eingreifen der bayerischen Katastrophenschutzeinheiten: Feuerwehr, Rettungsdienste, Technisches Hilfswerk und weitere Organisationen zum Schutz der bayerischen Bevölkerung muss gewährleistet werden; Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg.

Klimaschutz

Infrastruktur: Städtebauförderung: Forderung, die Mittel des Freistaats aufzustocken und an Klima-Auflagen zu knüpfen -> z.B. grüne und blaue Infrastruktur zu fördern

7 Energetische Sanierung, Wärmedämmung, Solarenergie, Hochbauförderung **300 Mio. Euro**

Energetische Sanierung staatlicher und kommunaler Gebäude, einschließlich der Schulen, Universitäten, Hochschulen und Kliniken;
Wärmedämmung;
Solarenergie auf allen staatlichen Gebäuden und staatlich geförderten kommunalen Gebäuden;
Einbeziehung weitgehender energetischer Maßnahmen in die kommunale *Hochbauförderung*

8 Nahwärme- und Kältenetze **100 Mio. Euro**

Ausbau von kommunalen Nahwärme- und Kältenetzen

9 Flächenmanagement **20 Mio. Euro**

Viele relevante Maßnahmen im Klimaschutz beanspruchen Flächen, die entsprechend ausgewiesen werden müssen: Ausbau erneuerbarer Energien, Hochwasserschutz, natürliche Senken, Verkehrsflächen für Rad- Bahn- und Autoverkehr müssen neu verteilt werden;
Raum für Wasser- und Grünflächen in Städten müssen gesichert werden;
Landes- und Regionalplanung sind somit wichtige Dienstleister für zahlreiche klimarelevante Themenbereiche;
Kommunen und regionale Planungsverbände brauchen *Flächenmanagementstellen*

10 Verkehr **250 Mio. Euro**

ÖPNV-Ausbau im Schienennahverkehr in Stadt und Land
Streckenreaktivierungen;
Streckensicherung;
Elektrifizierung;
Angebotsorientierter Busverkehr und flexible Bedarfsangebote im ländlichen Raum;
Flächendeckende Verkehrsverbünde;
Unterstützung von Verkehrsunternehmen zur Beschaffung emissionsarmer Fahrzeuge und deren Infrastruktur über 20 Millionen;
Eine Fahrradinfrastruktur, die Rückstände aufholt, dem wachsenden Bedarf entspricht und Kapazitäten für die Zukunft bereitstellt mit Rad(schnell)wegen und Fahrradabstellmöglichkeiten an Knotenpunkten, Bahnhöfen, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen;
Stopp aller Staatsstraßenaus- und -neubauvorhaben, Investitionen in den Erhalt

Haushalt sozial- und klimagerecht umbauen:

- Abbau klimaschädlicher Subventionen
- Überprüfung aller freiwilligen Ausgaben auf Klima- und Umweltwirkung
- Modernisierung der Schuldenbremse
- Überprüfung freiwilliger Leistungen auf ihre Wirkung auf soziale Gerechtigkeit

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAG BAYERN

KONTAKT:

Stand: Oktober 2021



Ludwig Hartnmann, MdL
Fraktionsvorsitzender, Sprecher für den ländlichen Raum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2989

Ludwig.Hartmann@grueneby.de
www.gruene-fraktion-bayern.de



Claudia Köhler, MdL
Haushaltspolitische Sprecherin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2335

claudia.koehler@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de



Tim Pargent, MdL
Finanzpolitischer Sprecher

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2778

tim.pargent@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de



Barbara Fuchs, MdL
Wirtschaftspolitische Sprecherin, Mittelstandsbeauftragte

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2569

barbara.fuchs@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de